

# Der Souverän hat das Wort

Parlament macht Geschichte – deutsche Erinnerungskultur am Beispiel der Debatte über das Denkmal



Schwarz-Rot-Gold über deutscher Geschichte: der Reichstag mit seiner gläsernen Kuppe (links) und die Quadriga auf dem Brandenburger Tor, vom Holocaust-Denkmal aus gesehen

Foto: Marco Limberg

VON CLAUD LEGGEWIE  
UND ERIK MEYER

Mehr als fünfzehn Jahre sind vergangen seit der Bürgerinitiative um Lea Rosh für die Errichtung eines „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“, dessen Anstoß heute schon wie aus einer anderen Zeit wirkt. Die Konzentration auf eine Opfergruppe, die Juden, sollte der im vorangegangenen Historikerstreit formulierten These von der „Einzigartigkeit des Holocaust“ Nachdruck verleihen. Als Mahnmahl allein für die Juden ist es bis heute umstritten, doch die vehemente Kritik, allen voran seitens der Sinti und Roma, hat die exklusive Widmung nicht verhindern können. Gedenkstätten für andere Opfergruppen waren die Konsequenz, und die weiter umkämpfte Inschrift am Mahnmahl für die Sinti und Roma, das gegenüber dem Reichstag entsteht, zeigt, daß es hier um einen Kampf um gleichrangige Anerkennung gegangen ist und geht.

Das war nur eine brisante Streitfrage, die sich an das Holocaust-Mahnmal knüpfte. Wie geht Politik mit solchen Kontroversen um, und wie soll sie Fragen der Ästhetik und Architektur öffentlicher Gedenkstätten generell behandeln? Unser Eindruck ist, daß die Intervention der Politik, entgegen dem Argwohn vieler Experten, für die Verwirklichung des Mahnmahls notwendig und nützlich war. Auch in diesem Fall gilt die Faustregel, daß das Ergebnis von Politik meist ein anderes ist als ursprünglich beabsichtigt.

Für einen Berufspolitiker sind symbolische Materien heikel. Aber im Kern bearbeitet er sie nicht anders als etwa Gesundheitspolitik. Dabei zählt nicht „schön oder häßlich“, es zählen Rechtslage und Finanzierung, und nicht zuletzt der machtpolitische Gegensatz zwischen Regierung und Opposition. Jedes öffentliche Monument ist umstritten. Letztlich muß eine Verwaltung administrieren oder der Souverän entscheiden – über Standorte und Gestaltungsalternativen, über Widmung und Nutzung, notfalls auch über die Sicherheit eines Mahnmahls, wenn es, wie dieses, die Zerstörungswut von Nazis auf sich ziehen könnte.

Lange dümpelte die Mahnmahlinitiative vor sich hin, bis sich der Bundestag einschaltete. Die üblichen politischen Konfliktlinien und Fraktionszwänge wurden ausgesetzt. Helmut Kohl war nicht Francois Mitterrand, par orde de mufti sollte es nicht mehr gehen. Für einen zweiten Anlauf vereinbarten die Auslöser 1996 ein Kolloquium, bei dem diverse Sachverständige mit interessierten Abgeordneten diskutierten. Publizistische Kritiker, die es ausgesprochen zahlreich gab, bemängelten die Prämissen der Widmung und den Standort des Denkmals, aber auch das Fehlen einer ergebnisoffenen Diskussion. Die Auslöser initiierten einen neuen Wettbewerb, an dem nur von einer Kommission ausgewählte Personen teilnahmen. Als es wieder keine Einigung gab, zog Kanzler Kohl erneut die Entscheidung an sich, indem er in enger Fühlung mit dem damaligen Zentralratsvorsitzenden Ignatz Bubis, der Unzuständigkeit signalisierte, aber hinter den Kulissen tätig war und ein Stellenfeld favorisierte.

Im Juni 1999 hatte der Bundestag über insgesamt sechs Anträge zu entscheiden: Der von Abgeordneten der CDU unterstützte Vorschlag, kein Denkmal zu bauen, wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Von drei Anträgen zur Realisierung des Eisenman-Entwurfs setzte sich schließlich die Option der maßvollen Erweiterung um einen „Ort der Information“ durch. Die Kompromißlösung wurde abgesichert durch die Einrichtung einer Stiftung unter Beteiligung von Bundestag und Bundesregierung, Berliner Senat, Förderkreis und Vertretern von Gedenkstätten sowie gesellschaftlichen Gruppen. Dafür gab es ein Vorbild: Auch die nicht minder umstrittene Umgestaltung der Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus in den neuen Bundesländern liegt in der Regel in der Hand von Stiftungen, die divergierende Erinnerungsinteressen berücksichtigen und austarieren sollen.

In einer Mediengesellschaft folgt auch Gesichtspolitik einer Ökonomie der Aufmerksamkeit. Doch die letzten Weichenstellungen für die Ausgestaltung des „Ortes der Information“ erfolgten abseits davon. Ein Experten-Symposium bemängelte die Fortsetzung des Stelenrasters im Design der Ausstellungsräume und die Inszenierung der Präsentation, welche die Trennung von Gedenken und Information relativierte. Doch der Zeitdruck machte diese Einwände zur Makulatur. Im April 2003 begann endlich der Bau. Ein Jahr ging es planmäßig voran, bis der Graffiti-Schutz der Stelen die letzte Verzögerung verursachte. Der *Degussa*, dem Hersteller des Produkts, wurde die Beteiligung von Vorgängergesellschaften des Konzerns an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik vorgeworfen. Ein Baustop wurde erwogen, das Kuratorium schwenkte unter Protest einiger Mitglieder auf eine pragmatische Linie ein und beschloß, das Denkmal im vorgesehenen Kostenrahmen und Zeitplan zu vollenden. Ein Ausschluss aller Akteure, die mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden können, wäre unmöglich. Das Engagement der *Degussa* in Sachen „Vergangenheitsbewältigung“ wurde sogar gelobt.

Die Denkmalinitiative war ein Musterbeispiel dieser Vergangenheitsbewältigung und die Realisierung ein Lehrstück von Gesichtspolitik, die mehr über die Gegenwart als über die Vergangenheit aussagt und auf Kompromisse setzt. Was auch immer künftige Besucher vom Ergebnis halten mögen: Die Befassung von Bundestag und Bundesregierung hat die aufgeregte, oft auch eitle Debatte verstummen lassen. Unseres Erachtens geschah dies nicht aus Resignation, sondern in Anerkennung der Entscheidung des Souveräns. Eine Debatte ist kein Mahnmahl. Erst die Mischung aus routinierter Beratung (im Bundestag) und delegierter Dezsision (durch die Stiftung) hat dem Mahnmahl zur Entstehung verholfen. Ob es ein Ort wird, an den man gerne geht, wie es sich Bundeskanzler Schröder einmal salopp vorstellte, wird sich zeigen. Das Wort haben nun die Besucher.

Claud Leggewie, Erik Meyer: Ein Ort, an dem man gerne geht. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Gesichtspolitik nach 1989. Carl Hanser Verlag, 397 S. 23,50 Euro



Kreativität kennt keine Grenzen.



Von Alicia Keys bis Christa Wolf. Von „Brigitte“ bis „Wer wird Millionär?“. Unsere Künstler, Autoren, Magazine und Sendungen unterhalten und informieren Menschen in aller Welt. Mehr als 74.000 Mitarbeiter stehen für Kreativität, Vielfalt und unternehmerisches Handeln in über 50 Ländern – in unseren Verlagen, Sendern, Buch- und Musikclubs und in unseren weltweit vernetzten Druckereien und Service-Unternehmen. Alle Medien über alle Wege aus einer Hand – das ist Bertelsmann: media worldwide.  
[www.bertelsmann.de](http://www.bertelsmann.de)

BERTELSMANN  
media worldwide